Ludwigshafen
Stadt am Rhein

27.02.2024

Erfolgreicher Förderantrag: Ludwigshafen erhält über 7,5 Millionen Euro für Klimaschutzmaßnahmen

Das Klimaschutzministerium der Landesregierung hat einen Förderantrag der Stadt Ludwigshafen für das Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) bewilligt. Damit stehen über 7,5 Millionen Euro für die Umsetzung von insgesamt 17 Projekten zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel bereit, die Förderquote liegt bei 100 Prozent. Bis Ende Juni 2026 hat die Stadt nun Zeit, die bewilligten Maßnahmen umzusetzen. Federführend bei Auswahl, Beantragung und Steuerung der Projekte ist die Stabsstelle Klimaschutz der Stadt.

Schwerpunkt in Maßnahmen zur CO2-Einsparung
Der Großteil der Fördersumme soll in Schulen und Kitas zum Bau von Photovoltaik-Anlagen zur Eigenstromversorgung und in den Fernwärmeanschluss für eine klimafreundliche Wärmeversorgung des Freibads am Willersinnweiher investiert werden.

"Mit den Technischen Werken Ludwigshafen (TWL) haben wir einen verlässlichen Partner an der Seite, mit dem wir gemeinsam ehrgeizige Ziele umsetzen können, um Ludwigshafen langfristig klimaneutral zu gestalten. Das Photovoltaik- Projekt etwa ermöglicht uns, gleichsam einen doppelten Effekt zu erzielen: Einerseits schützen wir das Klima durch Einsparung von schädlichem CO2, andererseits spart unsere Stadt Geld, wenn wir durch Eigenstromnutzung unsere laufenden Kosten reduzieren. Uns ist es aber genauso wichtig, Bürger*innen vor den Folgen des Klimawandels zu schützen, deshalb werden wir unter anderem auch Maßnahmen zur Begrünung und Entsiegelung umsetzen, damit sich unsere Stadt im Sommer nicht so stark aufheizt", so Bau- und Umweltdezernent Alexander Thewalt.

Das konkrete CO2-Einsparpotenzial benennt Dieter Feid, kaufmännischer Vorstand von TWL: "Insgesamt 22 Schulen und Kindergärten in Ludwigshafen, darunter das Schulzentrum Mundenheim, die Berufsbildende Schule Anna Freud, das Wilhelm von Humboldt-Gymnasium und der Städtische Kindergarten 2, können nach der Umsetzung der Photovoltaik-Anlagen ihren eigenen Strom produzieren. Dadurch werden künftig jährlich 457 Tonnen CO2 eingespart. Darüber hinaus soll künftig der Überschussstrom der Photovoltaik-Anlagen durch ein Energiemanagementsystem der TWL mit dem Strombedarf weiterer städtischer Liegenschaften ohne Photovoltaik-Anlagen bilanziell verrechnet werden. Das ist ein entscheidender Schritt auf dem, Weg zur Klimaneutralität in unserer Stadt. Damit tun wir etwas für die Umwelt und die zukünftige Generation."

Weiterhin ist eine Heizungsumstellung auf erneuerbare Energien in verschiedenen städtischen Gebäuden vorgesehen. Bürger*innen in Ludwigshafen werden aber auch direkt von den KIPKI-Maßnahmen profitieren, denn ein Teil des Geldes soll in unterschiedliche Projekte zur Flächenentsiegelung, der Pflanzung von Straßenbäumen oder auch in die Starkregenvorsorge angelegt werden. Bürger*innen sollen außerdem dabei unterstützt werden, in Balkon-Photovoltaikanlagen zu investieren. Die Stabsstelle Klimaschutz wird hierzu in der zweiten Jahreshälfte ein Förderprogramm auflegen, zu dem sie rechtzeitig in den Medien informieren wird. Die Stadtverwaltung will zudem die nachhaltige Mobilität ihrer Mitarbeiter*innen fördern, daher sollen Lastenräder für die Straßenreinigung und den Grünunterhalt sowie weitere Pedelecs für Dienstfahrten der Mitarbeiter*innen angeschafft werden.

Zum Hintergrund

Das Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) ist ein Förderprogramm des Landes Rheinland-Pfalz zur Unterstützung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels mit einem Gesamtvolumen von 250 Millionen Euro. Bei einer Förderquote von 100 Prozent können Kommunen aus einem Katalog von rund 60 Maßnahmen auswählen, was sie vor Ort umsetzen möchten. Pro Einwohner*in steht ein Pauschalbetrag von rund 44 Euro zur Verfügung. Von den Fördergeldern dürfen maximal 25 Prozent für Klimaanpassungsmaßnahmen genutzt werden. Diesen Betrag hat Ludwigshafen ausgeschöpft. Ergänzt wird die direkte Förderung der Kommunen durch ein wettbewerbliches Verfahren, mit dem besonders innovative Leuchtturmprojekte gefördert werden sollen, an dem sich auch Unternehmen beteiligen können. Auch hier haben sich die Stadtverwaltung und TWL mit jeweils eigenen Projekten beteiligt, die finale Bewertung steht noch aus.